

Riesfaer Tageblatt

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Verlagskonte:
Dresden 1530.
Circuloffen:
Riesa Nr. 52.

Nr. 145.

Sonnabend, 23. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; selbstaender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Letzte Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeiträge: Empfänger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Göttestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Gescheitert.

Nach einem wochenlangen Hin und Her der Verhandlungen nach einer kühlen Zeit der Regierungsbildung, die an Schärfe und Unertlichkeit nicht hinter Kräfte ähnlicher Art der letzten Jahre zurückbleibt, ist Hermann Müllers Mission um die Herbeiführung der großen Koalition im Reich gescheitert. Diesmal, wie man versteht, endlos. Viele Kreise in Deutschland werden diese Nachricht sicherlich mit einem großen Erstaunen aufnehmen. Wurde doch kurz nach der Beurlaubung des Sozialdemokraten Müller von allen linksorientierten Zeitungen Deutschlands mit beachtlicher Festlichkeit und Bestimmtheit prophezeit, daß die Lösung der Regierungsbildung jetzt nur noch eine Sache von wenigen Tagen sei, die parlamentarischen Verhältnisse auf Grund des letzten Wahlergebnisses so weit geklärt seien, daß eine Regierungsbildung sich aus ihr von selbst ergebe. Inzwischen sind erst zwei Wochen seit dem Beginn der Bemühungen Hermann Müllers verstrichen. Inzwischen hörte man, daß die Verhandlungen auf ständen, inzwischen hörte man, daß eine neue Versöhnung und neue Kompensationen in die Aussprache getreten seien, aber immer und immer wieder wurde betont, daß die große Koalition doch kommen würde, weil sie eben kommen müsse und weil sie eben die lauschte und selbstverständliche Sache von der Welt wäre.

Sie ist nicht gekommen. Wochenlang haben sich die Wortführer der Deutschen Volkspartei redlich darum bemüht, eine Einigung über die großen kritischen Fragen mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Die Deutsche Volkspartei hat vom ersten Augenblick ihres Eintretens in die Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur dann der Frage einer Schaffung der großen Koalition im Reich näherzutreten könnte, wenn ihr auch die Sicherheit gegeben würde, daß in Preußen die gleiche Regierungsbildung geübt würde wie im Reich. Man erinnert sich noch, wie entschieden der preussische Ministerpräsident Braun dieses Ersuchen der Deutschen Volkspartei ablehnte, und wie trotz dieser Zurückweisung selbstverständlicher Forderungen die Deutsche Volkspartei nicht-destoweniger von neuem versuchte, einen Anstoß in dieser schwerwiegenden Frage herbeizuführen. Wenn jetzt nach laudablen Versuchen und laudablen Bemühungen um die Herbeiführung eines einigermassen tragbaren Kompromisses die Deutsche Volkspartei sich zu der Erklärung veranlaßt sah, daß sie „festbleiben“ müsse und nicht „umfallen“ könne, kann man sie jetzt der „Inkonsequenz“ beschuldigen? Kann man ihr Verhalten als „unloyal“ bewerten, wenn sie in ihrer Aussprache mit Hermann Müller auf ihren alten Standpunkt in den Lohnsteuerfragen, in der Frage des Verfassungstaates oder des Bankrotterneuerens beharrte? Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten sind eben sachlicher Natur. Sachliche Differenzpunkte lassen sich auch nicht durch Worte oder schon abgedrehte Formulierungen aus der Welt schaffen. Wenn man sich letzten Endes dazu entschließt, jetzt noch einmal den schwerwiegendsten sachlichen Differenzpunkt in den Verhandlungen mit Hermann Müller unter die kritische Lupe zu nehmen, so stelle man sich zunächst einmal die Frage: Wäre hier ein Nachgeben der Sozialdemokratie, also ein Eintreten der Fraktion Hermann Müllers für die Schaffung der großen Koalition in Preußen eine Inkonsequenz in der politischen Zielrichtung dieser großen Linkspartei gewesen? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst. Wenn eine Partei im Reich ja sagt, so kann sie nicht gut in der gleichen Frage eines Reichslandes nein sagen. Wer sich diese Selbstverständlichkeit vor Augen führt, dem wird es auch nicht schwerfallen, festzustellen, wer hier die Schuld an dem Scheitern der großen Koalition im Reich auf sich geladen hat.

Was nun? Hermann Müller hat sofort nach dem Bruch mit der Deutschen Volkspartei an die Demokraten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei die Mitteilung gerichtet, daß er nunmehr dem Versuch machen wolle, eine neue Regierung auf der parlamentarischen Grundlage der Weimarer Koalition mit Einziehung der Bayerischen Volkspartei zu bilden. Wird dieser Versuch Hermann Müllers von einem glücklichen Stern begleitet sein? Die Antwort auf diese Frage klingt recht pessimistisch. Weiß man doch, daß die Forderungen der Bayerischen Volkspartei in liberalistischer Richtung dem entschiedenen Nein der Sozialdemokratie begegnen müssen. Damit wäre Hermann Müller wieder auf die Kombination der Weimarer Koalition zurückgeworfen. Auf Grund der durch die letzten Reichswahlen geschaffenen parlamentarischen Verhältnisse befindet sich diese Weimarer Koalition in der Minderheit. Sie könnte sich zwar mit Hilfe der einen oder der anderen Oppositionsgruppe für eine bestimmte Zeit halten. Nach Lage der Dinge wäre sie jetzt eher auf die Hilfe der Kommunisten angewiesen als auf eine Unterstützung vom rechten Flügel aus. Da das Zentrum eine solche neue Unterstützung wohl kaum ertragen könnte, so ist hiermit auch schon jetzt die neueste Kombination Hermann Müllers ihr Urteil gesprochen. Wie man auch die Sache dreht und wenden will, im Augenblick läßt sich bei aller Objektivität und beim besten Willen kein Ausweg aus dem Dilemma der parlamentarischen Verhältnisse erblicken. Und dies trotz des letzten Wahlergebnisses, trotz des „großen Sieges“ der Sozialdemokratie, trotz „der klaren und unmissverständlichen Versicherung eines Volkswillens“. Häbet man sich den augenblicklichen Wirrwarr im Parlament vor Augen, so wird man sich sagen müssen, daß das Ergebnis des 20. Mai die Lage eher vermisert als geklärt, die Mehrheitsverhältnisse eher erschwert als erleichtert hat.

Abgeordneter Müller-Franken beim Reichspräsidenten.

Verhandlungen über eine kleinere Regierungskoalition. Pause um die Bemühungen der Regierungsbildung.

(Berlin. Abgeordneter Müller-Franken berichtete gestern abend sieben Uhr dem Herrn Reichspräsidenten eingehend über die von ihm in den letzten Tagen wegen der Regierungsbildung geführten Verhandlungen, die heute zu dem Ergebnis gelangt seien, daß die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition als gescheitert angesehen werden müsse. Abgeordneter Müller-Franken hat einen Bericht über seine gestern begonnenen Bemühungen um Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer kleineren Koalition. Der Herr Reichspräsident dankte Herrn Müller für seine bisherigen Bemühungen und ermächtigte ihn, seine Verhandlungen zur Regierungsbildung auf der Grundlage einer kleineren Koalition fortzusetzen.

Communiqué der Deutschen Volkspartei.

(Berlin. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird folgendes Communiqué veröffentlicht: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sitzung auf besonderen Wunsch des Verhandlungsführers Reichstagskanzler a. D. Hermann Müller mit den nach dessen Auffassung für die Regierungsbildung besonders vorwichtigen vier Fragen. 1. In der preussischen Frage war die Fraktion zum Entgegenkommen insofern bereit, als sie unter Festhaltung der Forderung der Bildung gleichartiger Regierungen im Reich und in Preußen lebhaft ausdrückliche Sicherungen durch Beschlußfassung der preussischen Regierungsparteien über Zeit und Bedingungen des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung forderte. 2. Zur Frage der Festlegung des 11. August als gesetzlichen Feiertag war es der Fraktion unmöglich, ihren ablehnenden Standpunkt anzugeben. Ihr Vorschlag, den bisherigen Zustand bezüglich der Art der Feier des Verfassungstages im Wege der Gesetzgebung festzulegen, hätte den Wünschen weitaus mehrerer Fraktionen in anderen Parteien entsprochen. 3. Der Forderung der Sozialdemokratie auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums in Ausführung der Lex Brüning war die Fraktion bereit, insofern Rechnung zu tragen, als sie sich mit einer Prüfung der Frage im Zusammenhang mit den von ihr gestellten Forderungen auf Entlastung der veranlagten Einkommenssteuer in den unteren und mittleren Stufen und allgemein der Realsteuern einverstanden zu erklären bereit war. 4. In der Frage des Baues des Panzerschiffes A hielt die Fraktion an der planmäßigen Ausführung des von der Mehrheit des Reichstags bewilligten Baues fest. Da, wie eingangs mitgeteilt, der Herr Verhandlungsführer eine Antwort zunächst nur auf die genannten vier Fragen erbeten hatte, trat die Fraktion in eine ernste eingehende Erörterung der übrigen auf den vorliegenden Gebieten noch bestehenden Differenzpunkte nicht ein.“ Eine neue Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei ist vorläufig nicht angelegt worden. Die Fraktion wird zunächst abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

Die Demokraten zur Regierungsfrage.

(Berlin. Die Demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Sitzung am Freitag nachmittag den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Koch-Weser entgegen. Erneut kam — wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird — die Auffassung zum Ausdruck, daß die Reichsdebatte sich vor der Regierungsbildung eine Einigung der Fraktionen auf ein bestimmtes in einzelne gehendes Programm erziehen zu wollen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Demokratische Reichstagsfraktion gegen eine andere als die Regierung der Großen Koalition die schwersten Bedenken, vor allem auf dem Gebiete der Schul- und Kulturfragen, hat, zumal dadurch auch der Fortschritt auf dem Wege zum Einheitsstaat, zur Finanzreform und zum Kleinrentner-Gesetz erschwert wird. Trotzdem wird sich die Demokratische Fraktion aus staatspolitischen und parlamentarischen Gründen den neuen Verhandlungen nicht verschließen. Sie dringt aber, im Interesse des Parlamentarismus, auf eine beschleunigte Fortführung der Besprechungen.

Das Zentrum und die Regierungsverhandlungen.

(Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat um 4.30 Uhr nachmittag noch einmal zusammen. Der Fraktionsvorsitzende von Guericke berichtete über die Beratungen des Fraktionsvorsitzenden, der um 3 Uhr zusammengetreten war. Der Fraktionsvorsitzende hat die Auffassung vertreten, daß die politische Lage durch die gestrigen Vorgänge eine vollständig neue geworden ist und daß dazu die Gesamtfraktion erneut gehört werden müsse. Aus diesem Grunde ist die Gesamtfraktion für Montag abend 8 Uhr einberufen worden. Am Montag wird außerdem der Reichsparteivorstand des Zentrums gemeinsam mit Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zu der neu geschaffenen Lage Stellung nehmen. Diese Auffassung des Fraktionsvorsitzenden fand die Billigung der Reichstagsfraktion des

Zentrums und wird von dem Fraktionsvorsitzenden von Guericke in der Parteiführerbesprechung um 6 Uhr dem Abgeordneten Müller-Franken zur Kenntnis gebracht werden. Danach ist mit weiteren Verhandlungen vor Montag abend nicht mehr zu rechnen.

Die Schuldfrage am Scheitern der großen Koalition.

(Berlin. Ueber die Frage, wer die Schuld am Scheitern der Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition trägt, schreibt die „Tägliche Rundschau“: Die Deutsche Volkspartei hatte es an erstem Willen zu einer Verständigung nicht fehlen lassen. Der Ausgleich der verschiedenen Auffassungen wurde aber nicht in einem gegenseitigen Nachgeben gesucht, sondern nur darin, daß man von der Deutschen Volkspartei Zugeständnisse verlangte. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kann auf die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen mit gutem Gewissen zurückblicken. Die „Germania“ ist der Meinung, daß die harte Haltung der Deutschen Volkspartei schließlich zum Zusammenbruch der erstrebenswerten Regierungskombination geführt habe. Das Blatt kann sich aber auch nicht enthalten, auf Preußen hinzuweisen. Die bairische Art, mit der Ministerpräsident Braun den Schritt der volksparteilichen Landtagsfraktion aufnahm, die ungeschickte Taktik der Deutschen Volkspartei selbst und die wenig glückliche Haltung der preussischen Fraktionen haben die Lage im Reich wesentlich beeinflusst und erschwert. Es ist schwer zu sagen, was nun kommen wird. Was aber auch kommen mag, es kann in jedem Falle immer nur die Vorstufe oder ein Übergang sein zu der in diesem Reichstage einzig stabilen Regierungsform, zur Großen Koalition. Das „Berl. Tagebl.“ laßt sein Urteil in dem Satz zusammenfassen: Die Schuld am Scheitern der Großen Koalition bleibt trotz allen Entschuldigungsversuchen an der Deutschen Volkspartei hängen.

Der „Vorwärts“ erklärt: Die Volkspartei wollte in die Preußenregierung, um dort den Kurs nach rechts zu drehen, und sie wollte im Reich eine Wendung des Kurzes nach links verhindern. Das hieß den Willen der Wähler, wie er am 20. Mai zum Ausdruck kam, in sein Gegenteil zu verkehren. Will man nicht annehmen, daß ihr jedes Augenmaß in politischen Dingen fehlt, so kommt man zum Schluß, daß sie es absichtlich zum Bruch getrieben hat.

Eine unfreiwillige Pause eingetreten.

Berlin. (Hunfpruch.) Nachdem die Verhandlungen über die Große Koalition gescheitert sind und die Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erklärt haben, sie müßten zunächst eine Entscheidung ihrer Fraktionen darüber herbeiführen, ob sie sich auf Verhandlungen über eine kleinere Regierungskoalition im Reich einlassen dürften, hat Abg. Müller-Franken vorgeschlagen eine mehr tägige Pause in seinen Bemühungen um die Bildung eines Reichskabinetts einzutreten lassen. Die entscheidende Fraktionsführung des Zentrums findet nämlich erst am Montag abend statt. Bisher tritt auch noch der Reichsparteivorstand des Zentrums gemeinsam mit Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zusammen. Auch die Bayerische Volkspartei wird sich erst über Sonntag in einer in München stattfindenden Parteivorstandssitzung über ihre Haltung äußern werden. Die dritte in Betracht kommende Partei, die demokratische, hat sich bereits am Freitag grundsätzlich zu den vom Abg. Müller-Franken angelegten Verhandlungen bereit erklärt. Ihre nächste Fraktionsführung findet erst am Dienstag vormittag statt. Bei dieser Lage der Dinge hatten es fast alle Reichstagsabgeordneten vorgezogen, am Sonnabend dem Parlament fernzubleiben, so daß das Haus im Gegenfall zu den letzten Tagen einen verödeten Eindruck machte.

Die Beisetzung Geheimrats Hammann.

(Berlin. Gestern nachmittag fand auf dem Wilmerdorfer Kirchhof die Beerdigung Seiner Excellenz des Wirklichen Geheimrats Dr. Otto Hammann in Anwesenheit einer zahlreichen Trauergemeinde statt. Bisherer Dr. Auer hielt die Trauerrede, in der er einen sehr eindrucksvollen Überblick über das gesamte geistige Leben bot, das Otto Hammann während seiner ganzen amtlichen Tätigkeit erfüllte. Diese Rede machte auf die Freunde des Verewigten einen bedeutenden Eindruck. Unter der Trauergemeinde waren besonders stark die Mitglieder des auswärtigen Amtes vertreten. Mit dem vormaligen Staatssekretär Himmermann waren der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schubert, sein Stellvertreter Ministerialdirektor Köpke, die Ministerialdirektoren Jeschke, Schneider, Freitag, Geheimrat Trautmann, die vormaligen Pressescheffs Ministerialdirektor Deutsmoer und Ministerialdirektor Dr. Eberhard, Legationsrat v. Tharbowski, kerner Reichstagsabgeordn. Freiherr v. Richtigshofen und zahlreiche Freunde Hammanns mit ihren Damen erschienen.